



EDITORIAL

Das Monaco des Nordens: kein Platz für Gewerbe?



Eigentlich hatte der Verband seinerzeit die einzig richtige Schlussfolgerung aus dem Prozedurkrieg gezogen, indem er sich aufmachte zu neuen Gefilden, dorthin wo Gewerbe, Handel und Industrie noch willkommen sind, weil die Menschen dort noch wissen, dass Milch nicht im Supermarkt, sondern von Kühen erzeugt wird und Geld nicht ohne eine funktionierende Wirtschaft von der Gemeinde auf das Postscheckkonto überwiesen wird.

Man erinnere sich: Vor etwa 10 Jahren entschloss sich der landwirtschaftliche Verband dazu, einen Teil der geplanten Verlegung seiner agro-industriellen Aktivitäten wegen nicht enden wollender Prozedurstreitigkeiten statt nach Colmar-Berg ins benachbarte Ausland, genauer nach Perl (D), auszulagern. So entstand hierzulande ein Handels- und Dienstleistungszentrum, während Getreidelager, Futtermittelwerk und Saatfabrik jenseits der Mosel angesiedelt wurden. Die darauffolgende politische Schockstarre – eine Unternehmung mit starker Symbolkraft für Luxemburg und tief verwurzelt in der hiesigen Landwirtschaft – kehrt dem Großherzogtum den Rücken zu! Doch, statt den eigentlichen Skandal bei den Prozeduren zu suchen, wurden die Unternehmensverantwortlichen geschamied – wie man heute sagen würde.

„Tatsächlich kann man – nein, muss man - sich die grundsätzliche Frage stellen, ob Luxemburg sowie die dort lebende und wohnende Bevölkerung überhaupt noch Betriebe und Unternehmen wollen, die etwas anderes machen als virtuelle Papierberge bewegen und irgendeine Lizenz zum Gelddrucken haben.“

Mit einem ähnlichen Fiasko endete die Schlacht zwischen Umweltministerium und dem griechischen Joghurthersteller FAGE. Fast 5 Jahre wurden immer neue Gutachten und Auflagen gefordert, nur weil sich Umwelt- und Wirtschaftsministerium dermaßen verkeilt hatten, dass keiner das Unausweichliche mehr auszusprechen vermag und es der Verwaltung überlassen wurde, einen potenziellen Investor müde zu machen, bis dieser schließlich die Konsequenzen zog und entnervt aufgab. Ein schnelleres Ende hatte das

Projekt des Glaswollherstellers KNAUF, der es vorzog, einige Kilometer weiter südlich in der Lorraine zu produzieren. Luxemburg baut die am besten isolierten Häuser der Großregion und darüber hinaus, aber die Herstellung der dafür benötigten Materialien sollen doch die anderen übernehmen.

Sollen wir an dieser Stelle Wetten annehmen für oder gegen das Gelingen des GOOGLE-Datacenters? Lieber nicht!

Nun hat die Regierung angekündigt, sie wolle fortan mit Hilfe eines Nachhaltigkeits-Checks schneller klären, ob ein Investitionsprojekt passt. Was bringt das Projekt? Wie hoch sind die geplanten Investitionen? Wie viele Arbeitsplätze werden geschaffen, und passt es in die wirtschaftliche Diversifikationspolitik? Gibt es Exportmöglichkeiten? Welches sind Umsatz- und Renditeerwartungen? Ist das Projekt innovativ und welche Umweltinzidenzen hat es? Wie hoch sind Wasser- und Energieverbrauch, welcher Impakt auf Klima und Luftqualität?

Es handelt sich bei den hier aufgezählten Kriterien um eine nicht limitative Liste, wie sie Wirtschaftsminister Franz Fayot in einem Radiointerview präsentierte. Wie danach die Entscheidungskriterien sein werden und was letztlich den Ausschlag geben wird, ist wie es aussieht, noch nicht geklärt. Ein Kriterienkatalog ist noch keine Entscheidung, was jeder mit den einzelnen Kriterien anfängt und wie er sie bewertet ist mit zumindest so viel Voreingenommenheit behaftet, wie die Einstellung zu(m) Unternehmen. Das Beispiel FAGE hat deutlich gemacht, dass die gleichen Einwände, die zu Anfang des Prozesses angebracht wurden, von den gleichen Leuten auch noch zum Schluss gebraucht wurden, sogar dann, wenn sie längst widerlegt worden oder Lösungen vorgeschlagen worden waren.

All diese gescheiterten Projekte stellen aber eigentlich nur die Spitze des Eisbergs dar. Tatsächlich kann man – nein, muss man - sich die grundsätzliche Frage stellen, ob Luxemburg sowie die dort lebende und wohnende Bevölkerung überhaupt noch Betriebe und Unternehmen wollen, die etwas anderes machen als virtuelle Papierberge bewegen und irgendeine Lizenz zum Gelddrucken haben.

Von daher diese steile These: dieses Land will – bewusst oder unbewusst – keine Unternehmen mehr außerhalb des Finanzplatzes. Es hat entschieden, ein Monaco des Nordens sein zu wollen!



Um den Finanzplatz wird - völlig zurecht - ziemlich viel Wind gemacht. Das produzierende Gewerbe jedoch, Industrie, Handwerk, stört bei so viel Geldregen und Windschatten gewinnen doch nur. Zumindest kann man diesen Eindruck gewinnen. Das Land und seine Einwohner können ja importieren, was sie brauchen. Die Internet-Giganten werden schon dafür sorgen, dass Waren und Dienstleistungen nicht zu kurz kommen.

Woran lässt sich eine solche Hypothese festmachen?

Nun, Aktivitäten des produzierenden Gewerbes haben es zusehends schwerer, sich hierzulande niederzulassen, oder auch nur dort zu bleiben, wo sie sind. Es fehlt an Niederlassungsmöglichkeiten, eigentlich ein alter Hut, doch unterstellen wir an dieser Stelle, dass diese Knappheit gewollt ist. Regionale Aktivitätszonen werden geplant und festgelegt laut dem entsprechenden sektoriellen Plan „Aktivitätszonen“. An letzterem wurde so lange herumgedoktert, dass von anfänglich fast 820 nur 455 Hektar überlebt haben. Diese Zonen sind zum größten Teil noch nicht einmal in Planung geschweige denn in Prozedur, so dass noch viele Jahre Genehmigungs- und Gerichtsverfahren nötig sein werden, bis auch nur ein größerer Bruchteil dieser Flächen seiner tatsächlichen späteren Bestimmung zugeführt

werden kann. Wieviel in fine von diesen 455 Hektar tatsächlich Aktivitätszonen aufweisen werden, bleibe an dieser Stelle einmal dahingestellt.

Die Fédération des Artisans schätzt den heutigen Bedarf auf weit über 100 Hektar, allein aufgrund der unzähligen Anfragen, welche täglich im Sekretariat eintrudeln. Gut ein Viertel der maximal zur Verfügung stehenden Aktivitätszonen könnte also quasi sofort vom alleinigen Bedarf der Handwerksunternehmen vereinnahmt werden. Noch mehr Fläche, so wird gemunkelt, seien bereits reserviert für die technischen Dienste der einzelnen Gemeinden.

Neben der Knappheit an geeigneten Niederlassungsmöglichkeiten sind es also auch die Gemeinden, die den Unternehmen das Leben schwermachen. Die offizielle Darstellung ist die des „besten Kunden des Handwerks“ wegen des recht hohen öffentlichen Investitionsvolumens, das über die Gemeinden in den Sektor fließt. Mittlerweile drängen die Gemeinden jedoch immer stärker und immer weiter in eigentlich privatrechtliche Domänen vor und entwickeln sich in vielerlei Geschäftsbereichen zum größten Konkurrenten der ansässigen Unternehmen. Dass sie dazu auch noch den Unternehmen die Mitarbeiter abluchsen, welche diese ausgebildet haben, setzt dem Ganzen die Krone auf.



Hat man als Unternehmer dann einmal ein Grundstück ergattert, kommen die nächsten Schwierigkeiten. Zuerst, Luxemburg oblige, ist da der Preis. Egal ob Mietpacht oder Besitz, das alles will erst einmal finanziert werden. Und das in einem Land, das erwiesenermaßen bei der Rendite der nichtfinanziellen wirtschaftlichen Aktivitäten den letzten Platz in Europa belegt, ohne groß zu erklären und zu untersuchen, wieso dem so ist oder auch nur zu versuchen, etwas dagegen zu tun. Der Staat lebt im Floribus, statt Investitionen in die Zukunft und die Zukunftsfähigkeit Luxemburgs zu tätigen, werden lieber die Staatsbediensteten mit immer mehr Geld und neuen Posten bei Laune gehalten. Aber was soll's, jeder weiß doch, dass ein Unternehmer grinsend im Ferrari durch die Gegend fährt, oder? Also wird er doch mit dem ganzen aufgehäuften Geld so ein Grundstück mit demnächst passivhausmässiger Halle drauf finanzieren können.

Und weil hierzulande sowieso alles etwas teurer ist als anderswo, mischt sich der Gesetzgeber regelmäßig ein und erhöht die Lohnkosten per Gesetz, sei es durch Indexierung oder durch die Erhöhung des Mindestlohnes mitten in einer Krise.

Hat der Unternehmer sein Finanzierungsproblem gelöst – im Übrigen verteuert durch immer weiter ausufernde Auflagen – hagelt es Auflagen, Verbote und Prozeduren. Immer mehr Aktivitäten sind hierzulande eigentlich nicht mehr genehmigungsfähig. Dann geht es los mit Natur- und Artenschutz, Kompensationen, Biotopen, Baugenehmigungen, Commodo, ohne Anspruch auf Vollständigkeit.

Angesichts dieser überbordenden Bürokratie dürfte ein Bürger und hoffentlich auch ein Unternehmer doch eigentlich auf hilfsbereite, kompetente Beamte hoffen, die ihn in seinem Anliegen begleiten und unterstützen. Nichts da, das Gegenteil ist der Fall. Immer mehr Unternehmen klagen über die Ruppigkeit der Verwaltungen und Kontrollinstanzen. Dass keiner ans Telefon geht und Emails sowie Schriftverkehr unbeantwortet bleiben, daran hat man sich ja gewöhnt. Dass wegen Homeoffice und Dispens Genehmigungsverfahren und sonstige Prozeduren überhaupt nicht mehr erledigt werden, ist ein recht neues Phänomen. Immer mehr Prozeduren werden von der Verwaltung in die Unternehmen hinein verlagert, die Betriebe müssen unter Androhung schwerster Strafen immer mehr und immer neue Arbeiten für die Verwaltung erledigen. Jüngstes Beispiel für solch eine Praxis: die Unternehmen kriegen von der Steuerverwaltung ohne grosses Federlesen die Verantwortung für die Richtigkeit der Steuerkarten ihrer Mitarbeiter aufgehalst. Ohne Vorankündigung, ohne "Übergangsfristen, dafür aber mit Androhung von Strafen. Dank für Nichts!

Wenn dann die Unternehmen ihrerseits berechnete Forderungen stellen, wenn beispielsweise immer neue Rechte der Beschäftigten zu unmöglichen Situationen führen – Beispiel Elternurlaub – kriegen sie eine Abfuhr und der Minister tut noch auf beleidigt, dass man überhaupt Kritik äußert. Wenn das Handwerk versucht, ein Projekt zur Schaffung

erschwinglichen Wohnraums für die Mitarbeiter voranzutreiben, weil der Mangel an erschwinglichem Wohnraum hierzulande ein Riesenproblem ist, das nicht gelöst wird, kriegt es von offizieller Seite paternalistisches Verhalten vorgeworfen.

Mittlerweile kehren immer mehr Handwerksbetriebe Luxemburg den Rücken zu. Weiterentwicklung und Ausbau finden oftmals in der Großregion statt, nicht mehr gezwungenermaßen in Luxemburg. Wahrscheinlich ist das noch nicht einmal jemandem aufgefallen. Allein der niedrigere Grundstückspreis rechtfertigt stellenweise höhere Funktionskosten im Ausland, von der Schnelligkeit und Hilfsbereitschaft der dortigen Behörden einmal ganz zu schweigen. Vielleicht sollten die Minister des öffentlichen Dienstes und der Umwelt sich einmal mit den Verantwortlichen vom Verband unterhalten, diese berichten mit leuchtenden Augen von ihren Erfahrungen in Sachen Planfeststellungsverfahren und Fristen.

Eigentlich will die Fédération des Artisans nur von der Regierung und den Parteien im Parlament hören, wie diese sich die betriebliche Zukunft des Landes vorstellen. Dabei sollten sie aber ehrlich sein, und ihre Darstellung an der Realität messen und messen lassen. Es genügt nicht mehr zu behaupten, die KMU seien das Rückgrat der Wirtschaft und so weiter. Zeigen gilt! Und ehe wir nicht endlich Beweise für das Gegenteil sehen, bleiben wir bei unserer Sicht der Dinge: unsere Regierung, unsere Politik, wollen keine Unternehmen mehr. Es wird alles getan, damit wir uns ins Ausland absetzen und von dort Luxemburg beliefern, und abends wieder mit unseren ganzen Ausländerarbeitern durch den Stau in eben jenem Ausland verschwinden. Somit sind alle Unannehmlichkeiten aus der Welt, und die Banker und Staatsbediensteten bleiben unter sich.

Obwohl, das letzte Jahr hat auch hier Risse in der Fassade aufgezeigt. Die Pandemie hat klar gezeigt, dass Homeoffice funktionieren kann. Die leerstehenden Bürohäuser sind nur das sichtbarste Zeichen dieser Entwicklung. Warum sich als international tätiges Finanzunternehmen dann auf Luxemburg und die Großregion konzentrieren, wenn man bestimmte Kompetenzen sucht und meistens nicht gleich findet? Warum Luxemburg, wenn schon die europäische Zentralbank in Frankfurt sitzt und unter dem gleichen miesen Wetter leidet? Warum ein Finanzplatz, wenn digital und virtuell so viel passiert? Dann kann es sein, wenn man nicht gut aufpasst, dass auf einmal nur mehr die Staatsbediensteten abends unter sich sind. Und dann?

Vielleicht sollte man sich bescheidener geben, und die Klein- und Mittelbetriebe des produzierenden Gewerbes nicht vollends abschreiben? Es könnte sein, dass man sie noch einmal braucht? Wir warten gespannt auf Reaktionen aus Regierung, Parlament, Gemeinden und Politik.





ÉDITORIAL

Le Monaco du nord : Pas de place pour les entreprises ?



Lassée par l'interminable guerre des procédures, la coopérative agricole « De Verband » a abandonné une bonne partie de son projet d'investissement au Luxembourg pour le réaliser de l'autre côté de la Moselle, donc là où le commerce et l'industrie sont encore les bienvenus, parce que les gens savent que le lait n'est pas produit au supermarché mais par des vaches et que l'argent ne pousse pas dans les caves des communes ou du ministère des Finances, mais doit être généré par une économie qui tourne.

Souvenez-vous : il y a une dizaine d'années, « De Verband » a décidé de délocaliser une partie de ses activités agro-industrielles de Colmar-Berg en direction de l'Allemagne, plus précisément à Perl, en raison de litiges procéduraux autour de son nouveau site d'implantation. Ainsi, les volets ventes et services restent au Luxembourg, tandis que les silos céréaliers, la fabrique d'aliments pour animaux et l'usine de semence fonctionnent désormais chez nos voisins. Une entreprise emblématique pour le Luxembourg et profondément ancrée dans l'agriculture locale tourne le dos au Grand-Duché ! Scandale ! Mais, au lieu de chercher la cause de cet échec du côté des procédures, on s'est contenté de mettre les responsables de l'entreprise au pilori.

« La question fondamentale qui se pose ici est celle de savoir si le Luxembourg et ses résidents veulent encore des entreprises qui font autre chose que de déplacer des montagnes de papier virtuelles ou qui disposent d'une licence pour imprimer de l'argent. »

La bataille entre le ministère de l'Environnement et le producteur de yaourt grec FAGE s'est soldée par un fiasco similaire. Pendant près de 5 ans, on a demandé étude sur étude à l'investisseur parce que le ministère de l'Environnement et le ministère de l'Economie n'arrivaient pas à

se mettre d'accord sur l'opportunité de ce projet. Finalement, la politique a laissé à l'administration le soin d'épuiser cet investisseur jusqu'à ce que ce dernier jette l'éponge. Le projet du fabricant de laine de verre KNAUF, qui a finalement préféré réaliser son usine en Lorraine, a connu une fin plus expéditive. Le Luxembourg construit les maisons les mieux isolées de la Grande Région et au-delà, mais la production des matériaux nécessaires à cette fin n'a pas sa place au Grand-Duché.

Entretemps, les paris quant à la réalisation du datacenter de Google à Bissen restent ouverts.

Le gouvernement a annoncé qu'il mettrait en place un « contrôle de durabilité » pour déterminer plus rapidement si un projet d'investissement est approprié ou non. Quels sont les avantages du projet ? Quel est le montant des investissements prévus ? Combien d'emplois seront créés, et cela s'inscrit-il dans la politique de diversification économique ? Existents-ils des opportunités d'exportation ? Quelles sont les attentes en matière de revenus et de rendement ? Le projet est-il innovant et quelles sont ses incidences sur l'environnement ? Quelles sont les consommations d'eau et d'énergie, l'impact sur le climat et la qualité de l'air ?

Les critères énumérés ici constituent une liste non limitative, telle qu'elle a été présentée par le ministre de l'Economie, Franz Fayot, lors d'une interview à la radio. La manière selon laquelle les critères seront ensuite définis et quel sera finalement le facteur décisif pour évaluer un projet d'investissement n'a pas encore été clarifiée, semble-t-il. Tout cela est encore très loin d'une procédure transparente qui ne laisse pas de place à l'arbitraire. L'exemple de FAGE a montré clairement qu'on ne voulait tout simplement pas trouver de solution. Les mêmes personnes ont répété les mêmes arguments, même pour des problèmes qui ont été solutionnés en cours de route.

Tous ces projets ratés ne représentent toutefois que la partie émergée de l'iceberg. La question fondamentale qui se pose



ici est celle de savoir si le Luxembourg et ses résidents veulent encore des entreprises qui font autre chose que de déplacer des montagnes de papier virtuelles ou qui disposent d'une licence pour imprimer de l'argent.

D'où cette thèse radicale : le pays ne veut plus d'entreprises en dehors du centre financier. Elle a décidé de vouloir être le Monaco du nord !

On parle beaucoup du secteur financier. A juste titre d'ailleurs. En revanche, le secteur manufacturier, l'industrie et l'artisanat sont avant tout perçus comme des nuisances. C'est du moins l'impression que l'on peut avoir. On peut importer tous les produits et services dont on a besoin. Les géants de l'Internet vont se faire un plaisir de livrer.

Sur quoi repose une telle hypothèse ?

Les activités manufacturières ont de plus en plus de mal à s'établir, voir à se maintenir, dans ce pays. Il y a une pénurie

de terrains pouvant accueillir des entreprises, ce qui est connu, mais supposons ici que cette pénurie soit voulue. Les zones d'activités régionales sont définies et planifiées selon le plan directeur sectoriel "Zones d'activités".

Ce dernier a été amendé et revisité de sorte à ce que seulement 455 hectares ont « survécu » à l'opération sur une superficie initiale de près de 820 hectares. Ces zones, pour la plupart, n'en sont même pas au stade de la planification, et encore moins de la procédure d'autorisation. Il faudra donc encore se patienter pendant de nombreuses années truffées de procédures d'autorisations et de procédures judiciaires avant qu'une fraction plus ou moins importante de ces zones puisse être utilisée à bon escient.

La Fédération des Artisans estime le besoin actuel à plus de 100 hectares, rien en se basant sur les demandes que les entreprises adressent au secrétariat. Un quart des surfaces dans les zones planifiées dans les prochaines années pourrait donc



être occupé par des entreprises artisanales. Une partie encore plus importante, dit-on, est déjà réservée pour les services techniques des administrations communales.

Ainsi, outre la rareté des terrains disponibles dans les zones d'activités, ce sont également les communes qui rendent la vie encore plus difficile aux entreprises. Officiellement, les communes sont considérées comme les « meilleurs clients » de l'artisanat en raison des investissements conséquents de ces derniers. Certaines communes se positionnent elles-mêmes comme « entrepreneurs » entrant ainsi en concurrence avec les acteurs du marché privé dans de nombreuses activités, et on ne parle même pas du fait qu'elles débauchent régulièrement de la main d'œuvre formée dans les entreprises artisanales.

Une fois qu'un entrepreneur a mis la main sur un terrain, de nouvelles difficultés surgissent. D'abord, Luxembourg oblige, il y a le prix. Peu importe qu'il s'agisse d'une pleine propriété, d'un droit de superficie ou d'une location, la question du financement se pose. Le fait qu'au niveau européen, les PME luxembourgeoises occupent la dernière place en termes de rentabilité et le constat que le gouvernement ne fait rien pour changer cette situation, n'arrangent pas vraiment les choses. L'Etat par contre dépense sans compter. Au lieu d'investir dans l'avenir et la durabilité du Luxembourg, il préfère faire plaisir aux fonctionnaires et aux employés de l'Etat avec toujours plus d'argent et en créant constamment de nouveaux postes. Mais bon, tout le monde sait que les entrepreneurs roulent tous en Ferrari en affichant leur plus large sourire, n'est-ce pas ? Ces derniers seront donc en mesure de financer leurs ateliers et leurs halls avec tout le cash accumulé.

Et comme de toute façon tout est un peu plus cher ici qu'ailleurs, le législateur intervient régulièrement pour augmenter les coûts salariaux, soit via l'indexation ou via l'augmentation du salaire minimum.

Une fois que l'entrepreneur a résolu son problème de financement - qui, soit dit en passant, est rendu de plus en plus coûteux par des exigences toujours plus contraignantes - il est confronté à une ribambelle de règlements, d'interdictions et de procédures. Protection de la nature et des espèces, compensations, biotopes, permis de construire, établissements classés et j'en passe et des les meilleurs.

Face à cette bureaucratie excessive, les citoyens et les entrepreneurs devraient pour le moins pouvoir compter sur des fonctionnaires compétents et disposés à être utiles. Malheureusement, le contraire est le cas. De plus en plus d'entreprises se plaignent de la grogne des administrations et des autorités de contrôle. Le fait que personne ne réponde au téléphone et que les courriels et la correspondance restent sans réponse est une chose à laquelle nous nous sommes habitués. Le constat que les procédures d'autorisation et d'autres procédures n'avancent plus parce que les fonctionnaires en charge font du télétravail ou sont carrément dispensés de travailler est cependant un phénomène plutôt récent. De plus en plus de procédures sont transférées de l'administration vers les entreprises, et ces dernières doivent effectuer un nombre croissant de tâches pour le compte de l'admini-

stration sous peine de lourdes amendes. L'exemple le plus récent de ce phénomène est l'initiative de l'administration des contributions directes qui impose aux entreprises de vérifier l'exactitude et de tenir à jour les cartes d'impôts de leurs salariés.

Lorsque les entreprises formulent de leur côté des revendications légitimes, par exemple lorsque la multiplication des nouveaux droits pour les salariés en termes de congé de toutes sortes conduit à des situations impossibles à gérer elles ont droit à une rebuffade et le ministre en charge boude parce qu'on s'est permis de critiquer son initiative. Lorsque l'artisanat essaie de promouvoir un projet visant à créer des logements abordables pour les salariés de la filière, parce que, comme tout le monde sait, le manque de logements abordables est un énorme problème non-résolu, on est taxé de « paternalistes » par certains fonctionnaires.

Pendant ce temps, de plus en plus d'entreprises artisanales tournent le dos au Luxembourg. Le développement de l'entreprise se fait au sein de la Grande Région. Le prix nettement moindre du terrain compense des coûts d'exploitation qui sont éventuellement un peu plus élevés à l'étranger, sans parler de la rapidité et de la serviabilité des autorités sur place.

En fait, la Fédération des Artisans voudrait des annonces claires de la part du gouvernement et des partis siégeant au Parlement comment ils envisagent l'avenir économique de ce pays. Cette fois-ci leur discours devra cependant coller à la réalité. Il ne suffit plus d'affirmer que les PME sont l'épine dorsale de l'économie, etc. Le moment est venu de devenir concret ! Et jusqu'à preuve du contraire, nous maintiendrons notre vision des choses : notre gouvernement, la politique en général, ne veulent plus d'entreprises au Luxembourg. Tout est fait pour que nous allions nous installer à l'étranger pour approvisionner le Luxembourg depuis l'extérieur avec nos salariés frontaliers. Ainsi, tous les problèmes sont résolus, et les banquiers et les fonctionnaires restent entre eux.

Mais cette façade a des fissures. La pandémie a clairement montré que le télétravail peut fonctionner. Les immeubles de bureaux désertés ne sont que le signe le plus apparent de ce développement. Pourquoi un acteur multinational devrait se limiter au Luxembourg et la Grande Région s'il recherche certaines compétences ? Pourquoi s'installer ou rester au Luxembourg, alors que la Banque centrale européenne est déjà installée à Francfort ? Pourquoi un centre financier physique alors que la filière est en train de se digitaliser ? Il se pourrait alors qu'à un moment donné, seuls les fonctionnaires se retrouvent entre eux le soir. Et ensuite ?

Peut-être devrions-nous devenir plus modestes et plus indulgents envers les PME ? Il se pourrait qu'on ait à nouveau besoin d'elles ? Nous attendons avec impatience les réactions du gouvernement, du parlement et des autorités locales.

